



Wolfgang Neumann geht für DIE LINKE ins Rennen

Am Samstag, den 24. November, wählten die Mitglieder der LINKEN der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder), ihren Kandidaten für das Frankfurter Direktmandat zur Landtagswahl 2019. Neben Frank Hühner bewarb sich Wolfgang Neumann um das Mandat und setzte sich gegen Hühner durch.

Die anwesenden Genossinnen und Genossen wählten mit 89 Prozent Wolfgang Neumann zum Direktkandidaten für den Wahlkreis 35 – Frankfurt (Oder). Neumann bekannte sich in seiner Bewerbungsrede zur konsequenten Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und sprach sich gegen weitere Experimente mit Kommunalreformen aus. Einsetzen möchte er sich für die

vollständige Ausfinanzierung von Aufgaben die von Bund und Land auf die Kommunen übertragen wurden und werden. Auch die weitere positive Entwicklung der Wirtschaft in Stadt und Land sind ihm wichtig, so sieht er sich als möglicher Landtagsabgeordneter eng an der Seite des LINKEN Oberbürgermeisters René Wilke und will seine Arbeit von der Landesebene aus unterstützen.

Neumann bekannte in seiner Rede: „Wir müssen uns für alle einsetzen, die keine oder eine schwache Lobby haben.“

Als einstiger Obstbauer möchte er sich ebenso aktiv für die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen

in der Land- und Agrarwirtschaft einsetzen: „Landwirtschafts- u. Umweltpolitik dürfen nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden.“ Zur aktuellen Debatte um die Straßenausbaubeiträge befand er, „diese dürfen nicht zur Last einzelner Anliegerinnen und Anlieger werden. Straßen sind ein Gemeingut und gehören solidarisch finanziert.“

Der Kreisvorsitzende der Frankfurter LINKEN, Jan Augustyniak, betonte bei der Versammlungseröffnung, dass man das Direktmandat verteidigen und das Zweitstimmenergebnis der Partei steigern will und für ein soziales und gerechtes Brandenburg kämpfen wird.

Erklärung:
Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft

Seite 4

Polizeigesetz:
Verschärfung des Polizeigesetzes auf Eis legen!

Seite 8

Mitgliederbrief:
Von Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter

Seite 11

Kommunalwahl 2019:
Die Große Koalition im Dienst der Großaktionäre

Seite 14

Termine

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

15. Dezember, 15:00 Uhr

Treffen der AG DIE LINKE stärken

📍 Beratungsraum, Kreisgeschäftsstelle,
Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

🔗 www.dielinke-ffo.de

Vereinte Nationen (UN)

18. Dezember

Internationaler Tag der Migrant*innen

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

19. Dezember, 18:00 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes mit den Vorsitzenden der Basisorganisationen und mit Genossen Thomas Nord

📍 Gasthaus & Hotel Grünhof
August-Bebel-Str. 54, 15234 Frankfurt (Oder)

🔗 www.dielinke-ffo.de

Deutscher Bundestag

19. Dezember

Gedenken für die Opfer des Völkermordes an den Sinti und Roma

República de Cuba

01. Januar

Sieg der Revolution/Tag der Befreiung

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

07. Januar, 18:00 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes

📍 Beratungsraum, Kreisgeschäftsstelle,
Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

🔗 www.dielinke-ffo.de

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

09. Januar 2019, 18:00 Uhr

Neujahrsempfang der Frankfurter LINKEN



**Frankfurt
besser machen**

Frankfurt besser machen und die Stadt gestalten, dies geht nur gemeinsam mit Ihnen, liebe Frankfurterinnen und Frankfurter.

DIE LINKE. Frankfurt (Oder) will ein soziales, gerechtes und lebenswertes Frankfurt (Oder) für alle. Wir streiten für ein solidarisches und demokratisches Zusammenleben für die heutige und alle künftigen Generationen.

Es ist unsere Stadt, unser aller Lebensort. Daher werden wir gemeinsam an der Zukunft Frankfurts arbeiten. Probleme müssen benannt und Herausforderungen angenommen werden. Vor allem aber sollten wir stets offen und transparent, ehrlich und fair um den besten Weg und die besten Lösungen für die Stadt und die hier lebenden Menschen ringen.

Wir laden Sie herzlich zu unserem Neujahrsempfang am **Mittwoch, 9. Januar 2019, um 18:00 Uhr** in das Kleist Forum ein.

📍 Kleist Forum Frankfurt (Oder),
Platz der Einheit

🔗 www.dielinke-ffo.de

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

14. Januar, 18:00 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes

📍 Beratungsraum, Kreisgeschäftsstelle,
Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

🔗 www.dielinke-ffo.de

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

18. Januar, 18:00 Uhr

Klausurberatung des Kreisvorstandes

📍 Ort wird noch bekannt gegeben

🔗 www.dielinke-ffo.de

VVN-BdA Frankfurt (Oder), DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

20. Januar, 10:00 Uhr

Luxemburg-Liebknecht-Ehrung

📍 Mahnmal für die Opfer des Faschismus,
Rosa-Luxemburg-Straße, Frankfurt (Oder)

🔗 www.frankfurtoder.vvn-bda.de

🔗 www.dielinke-ffo.de

Information der Kreisgeschäftsstelle

Die Abrechnung von Spenden- und Beitragslisten, die Barzahlung von Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie die Beantragung von Auslagerstattungen ist an nachfolgend aufgeführten Terminen in der Kreisgeschäftsstelle möglich:

Donnerstag, 10. Januar 2019

Donnerstag, 24. Januar 2019

Donnerstag, 07. Februar 2019

jeweils von 13:30 bis 16:00 Uhr

Historische Ereignisse

01. Januar 1993

Die Regelungen für den Europäischen Binnenmarkt treten in Kraft.

01. Januar 1996

Gründung der IG Bauen, Agrar, Umwelt

01. Januar 1993

Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv nimmt ihre Arbeit auf.

05. Januar 1983

Die Regierungschef der Staaten des Warschauer Vertrags schlagen in Prag den NATO-Staaten ein Abkommen über Gewaltverzicht vor.

Jahrestage

18. Dezember 1946

* **Stephen (Steve) Bantu Biko**

23. Dezember 1888

* **Friedrich Wolf**

24. Dezember 1946

* **Michael Schumann**

15. Januar 1919

† **Rosa Luxemburg**

15. Januar 1919

† **Karl Liebknecht**

Schließzeiten zum Jahreswechsel

Die Kreisgeschäftsstelle der Frankfurter LINKEN bleibt vom

17. Dezember 2018 bis einschließlich **2. Januar 2019** geschlossen.

Wir wünschen Ihnen und Euch erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr!

Zum Geburtstag gratulieren wir sehr herzlich:

Hans Retterath am 18.12. zum 92.; **Christa Fischer** am 21.12. zum 84.;
Karl-Heinz Moritz am 21.12. zum 73.; **Wolfgang Schmidt** am 22.12. zum 86.;
Hannelore Kulla am 23.12. zum 85.; **Karl-Ernst Ewald** am 26.12. zum 80.;
Theodor Plontasch am 27.12. zum 84.; **Helmut Hirthe** am 30.12. zum 86.;
Ingeborg Senst am 02.01. zum 91; **Erika Glage** am 04.01. zum 82.



Aus dem Kreisvorstand

Seit der letzten Ausgabe des Roten Hahns tagte der Kreisvorstand des Kreisverbandes Frankfurt (Oder). Im folgenden einen kurzen Überblick über die wichtigsten Themen.



Kreisvorstandssitzung am 26.11.2018

- Kommunalwahlprogramm 1. Lesung
- Stand Vorbereitung der Wahlen 2019 mit ersten Informationen wie wir die Basisorganisationen in den Wahlkampf mit einbinden können
- Stand Vorbereitung Neujahrsempfang am 09.01.2019 im Kleistforum
- Stand Vorbereitung Brückenfest 2019
- Vorstellung des Terminplanes 2019 welcher dann in der ersten Ausgabe des Roten Hahns im nächsten Jahr

Kreisvorstandssitzung am 10.12.2018

- veröffentlicht wird
- Vorstellung des ersten Entwurfs des Bildungsplanes 2019
 - Kommunalwahlprogramm 2. Lesung
 - Vorstellung des Bildungsplanes 2019
 - Einberufung der 4.Tagung des 6.Kreisparteitages am 09.02.2019 zur Verabschiedung des Kommunalwahlprogrammes 2019
 - Einberufung der Aufstellungsverammlung am 02.03.2019 für die Aufstellung der Kommunalwahlkandidatinnen und -kandidaten
 - Vorbereitung Neujahrsempfang am

09.01.2019

- Vorbereitungsstand Wahlen 2019 mit Vorstellung des Mobilisierungspotenzials der Mitgliedschaft im Kreisverband Frankfurt (Oder)

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer DIE LINKE, Frankfurt (Oder)

Unsere diesjährige Dankeschön-Veranstaltung

Ein großes Dankeschön überbrachten der Kreisvorstand und die AG Senioren den langjährigen Mitgliedern unserer Partei, die zu dieser Veranstaltung am 10. Oktober ins Mikado, dem Mehrgenerationenhaus, eingeladen waren.

25 Genossinnen und Genossen waren anwesend. Sie wurden herzlich von der Genossin Lisa Hölzer begrüßt. Der kulturelle Beitrag wurde von der AG zusammen mit dem ehemaligen Mitglied des Seniorenteaters „Spätlese“, Frau Schwartze, gestaltet. Es wurden einige humorvolle, aber auch einige zum Nachdenken anregende Rezitationen vorgetragen, z. B. aus Heines „Deutschland. Ein Wintermärchen“ und Erich Weinerts „Ferientag eines Unpolitischen“. Genosse Leitzke hatte zur musikalischen Umrahmung CD's mit Arbeiterlieder ausgesucht und abgespielt. Nach der kulturellen Einstimmung würdigte der Kreisvorsitzende Jan Augustyniak das jahrzehntelange Wirken und Schaffen der langjährigen Mitglieder in der Partei und schlug den Bogen zur jetzigen Arbeit im

Kreisverband und den bevorstehenden Aufgaben zur Vorbereitung der Kommunal- und Europawahlen.

Beim Kaffeetrinken kam es zu einem angeregten Gedankenaustausch. Viele erinnerten sich an die Arbeit vor und nach der Wende. Viele waren gerührt und es standen ihnen Tränen in den Augen.

Zum Abschluss gabe es für die „Langjährigen“ noch eine kleine, liebevoll gepackte Geschenktüte und eine symbolische rote Nelke.

Für alle Beteiligten verging der Nachmittag viel zu schnell.

Allen, die den Nachmittag vorbereiteten

und gestalteten, einbezogen auch die Genossen, die den Fahrdienst übernommen hatten, gilt unser Dank für ihren Einsatz.

Die Mitglieder der AG besuchten in den folgenden Tagen alle jene Genossinnen und Genossen, die an unserem Treffen nicht teilnehmen konnten.

Lisa Hölzer
AG Senioren

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft

Gemeinsame Erklärung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden anlässlich der Tagung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zum Thema »Flucht und Migration« am 30. November 2018

Auf Grundlage des Wahlprogramms der LINKEN zur Bundestagswahl 2017 und des Beschlusses „Partei in Bewegung“ auf der 1. Tagung des 6. Parteitags der Partei DIE LINKE vom 8. bis 10. Juni 2018 in Leipzig stellen wir fest:

Flucht und Vertreibungen sind ein globales Phänomen und eine direkte Folge von Kriegen, Gewalt und politischer Verfolgung, von Hunger- und Klimakatastrophen. Die aktuelle Debatte u.a. in Deutschland zeigt, wie weit es der Rechten gelungen ist, die gesellschaftlichen Herausforderungen der Flucht- und Migrationsfrage zu besetzen. Die rechtspopulistischen Nationalisten verknüpfen gezielt soziale Ungerechtigkeiten mit rassistischen Parolen für ihren chauvinistischen Kulturkampf, sie spalten die Gesellschaft und vergiften den demokratischen Zusammenhalt. Flucht und Migration sind emotionale und zugleich hoch politische Themen, denn es geht hier nicht nur um Menschen, die zu uns kommen, sondern auch um die Frage, wie wir leben wollen. Denn der Kampf um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist eine Wesensfrage unserer Demokratie selbst. DIE LINKE hat den Auftrag, diese gesellschaftliche Debatte verantwortungsvoll zu führen.

Wir halten deshalb gemeinsam fest:

(1) Niemand flüchtet freiwillig

Jede Flucht ist ein Versuch, sich in eine bessere Zukunft zu retten. Flüchtlinge sind die Botschafter der Ungerechtigkeiten, der Kriege und anderer Gewaltverhältnisse, einer ungerechten Handelspoli-

tik, von Waffenlieferungen, diktatorischen Regimen und Verfolgung. Menschen, die um ihr Leben kämpfen, die Hand zu reichen, ist für uns LINKE selbstverständlich. Der Schutz von Geflüchteten und die Wahrung ihrer Menschenwürde müssen an erster Stelle stehen. Anstatt die Flüchtlingsabwehr weiter auszudehnen, müssen legale und gefahrenfreie Wege nach Europa eröffnet werden. Seenotrettungen dürfen nicht weiter kriminalisiert werden. Wir treten dafür ein, die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europä-

jede automatische Rückführungsregelung in Transitländer bzw. „Drittstaaten“ ab.

Der EU-Türkei-Deal und jede weitere Zusammenarbeit mit Diktaturen und Unrechtsregimen zur „Migrationskontrolle“ sind sofort zu beenden. Das Konstrukt der „sicheren Herkunftsstaaten“ darf nicht ausgeweitet werden. Es gehört abgeschafft.

(3) Fluchtursachen bekämpfen

Um Fluchtursachen weltweit nachhaltig bekämpfen zu können, brauchen wir den Mut und den Realismus einer strukturverändernden Globalpolitik. Das geht nicht ohne einen echten Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Inter-

ventionskriege mit ihren katastrophalen Folgen für die Stabilität in ganzen Regionen müssen sofort beendet werden. Aber auch in der Klima- und Außenwirtschaftspolitik sowie in den internationalen Handelsbeziehungen und der Entwicklungshilfe muss es einen grundlegenden Wandel geben. Bereits 1970 hatten die Länder des globalen Nordens zugesagt, 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Angesichts der globalen Krisen und Notlagen bedarf es zugleich einer menschenwürdigen Versorgung von Geflüchteten. Das Budget des „Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen“ (UNHCR) darf nicht länger hauptsächlich durch freiwillige Beiträge von Regierungen, zwischenstaatlichen Akteuren, Stiftungen oder Privatpersonen bestritten werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich



DIE LINKE.

ische Menschenrechtskonvention uneingeschränkt gelten zu lassen und die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umzusetzen.

(2) Asyl ist ein Grundrecht

Im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien haben wir als DIE LINKE jede Einschränkung des Asylrechts geschlossen abgelehnt. Denn das Recht auf Schutz und Asyl ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Insbesondere nach dem Schrecken des 2. Weltkrieges stehen wir unbeirrt für Asyl als Grundrecht. Es ist mittlerweile normal geworden, Asyl nicht mehr als Grundrecht zu verteidigen. Wir wollen dagegen das Grundrecht auf Asyl vollständig wiederherstellen. Wir fordern, dass der Zugang zum individuellen Asylrecht in Europa erhalten bleibt und lehnen

im Rahmen der zweijährigen Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat für verbindliche Pflicht-Beitragsumlagen für das UNHCR einzusetzen, damit eine umfassende Hilfe- und Versorgungsleistung der UN-Hilfswerke für Flüchtlinge künftig garantiert werden kann.

(4) Rechte für Arbeitsmigrant*innen

Arbeitsmigration ist eine globale Realität. Nach Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind mehr als 150 Millionen Menschen Arbeitsmigrant*innen. Arbeitsmigration bzw. wirtschaftlich bedingte Flucht oder Migration sind eine individuelle Antwort auf die bestehende globale Ungleichheit. Es sind Reaktionen auf die Weigerung der reichen Länder, durch faire Handelsbeziehungen und Einkommensverteilung eine gerechte globale Entwicklung zu ermöglichen. Dem Bestreben internationaler Konzerne, sich die Arbeitsmigration zu Nutze zu machen, um die Arbeitskraft billig zu halten, gewerkschaftliche Mindeststandards zu unterlaufen und die Arbeitenden selbst zu entrechten, erteilen wir eine klare Absage.

Wir begrüßen, dass die Vereinten Nationen mit dem UN-Migrationspakt Flucht und Migration als globales Problem anerkennen und unterstützen grundsätzlich alles Bestreben, die Rechte von Geflüchteten und Arbeitsmigrant*innen zu stärken. Gleichzeitig bilden sich in der Vereinbarung die derzeitigen Weltungleichheitsverhältnisse ab. So haben sich die Interessen der Wirtschaftsverbände und des reichen Westens gegen die Interessen der südlichen Halbkugel durchsetzen können, sodass die Ursachen für Flucht und Migration weiterhin unangetastet bleiben werden. Das zeigt sich unter anderem an der Auslegung der Bundesregierung, die mit dem Pakt effektivere Grenzkontrollen und Abschiebungen rechtfertigt und Arbeitsmigration aus national-ökonomischem Interesse vorantreibt. Die LINKE kritisiert, dass in dem Pakt die Rechte der Migrant*innen und die Verpflichtungen der Staaten nicht einklagbar sind und die Folgeerscheinungen der Migration wie z.B. „Brain-Drain“ unzureichend thematisiert werden.

Deutschland sollte als Land mit dem welt-

weit größten Überschuss im Warenhandel und Kapitalverkehr stattdessen aktiv für die Rechtsverbindlichkeit des internationalen ILO-Übereinkommens zum Schutz der globalen Wanderarbeitnehmer*innen einsetzen. Zum Ausgleich der mit der globalen Arbeits- und Fachkräftemigration in Industrieländer einhergehenden Gefahr der Abwanderung und des Abworbens hochqualifizierter Fachkräfte aus den ärmeren Herkunftsländern schlagen wir die Schaffung eines multinationalen Kompensationsfonds vor, der aus einer globalen Finanztransaktionssteuer finanziert werden könnte. Ein solcher Kompensationsfonds könnte für Bildungsinvestitionen wie zur Bekämpfung der Armut und von Klimafolgeschäden im globalen Süden genutzt werden. Unmittelbar fordern wir, dass die globalen Rekrutierungsagenturen für Arbeitsmigration nur noch lizenziert arbeiten dürfen, ihre Gebühren und Verträge müssen transparent sein und Anwerbegebühren von Arbeitgebern getragen werden.

Das Thema Arbeitsmigration wird auch innerhalb unserer Partei intensiv diskutiert. Bei diesen Diskussionen, ob und wie Arbeitsmigration reguliert und beschränkt werden soll und wie Einwanderung gestaltet werden kann, wollen wir als LINKE die sozialen Grundrechte der Betroffenen schützen und ermöglichen.

(5) Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft

Europa ist längst ein Kontinent der Einwanderung wie Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist. Die individuelle Entscheidung zur Auswanderung ist gespeist durch die Hoffnung auf ein besseres Leben. Zugleich ist Migration nicht selten mit hohen menschlichen Entbehrungen, traumatischen Fluchterfahrungen und oftmals auch erniedrigenden Erfahrungen in den Ankunftsändern verbunden. Als DIE LINKE streiten wir für eine demokratische Migrations- und Integrationspolitik, die die Freiheit und Würde der Einzelnen schützt und die soziale Sicherheit und das Recht auf politische und kulturelle Teilhabe aller garantiert. Wir lehnen eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die Menschen allein danach einstuft, inwieweit sie ökonomisch nutz- und verwertbar sind.

(6) Soziale Sicherheiten für alle

Als demokratische Sozialist*innen stehen wir für soziale Sicherheiten und gleiche Rechte für alle. Lohndumping und Schwarzarbeit lassen sich nur durch sozialstaatliche Standards und flächendeckende Tarifverträge wirksam bekämpfen. Migrant*innen und Geflüchtete dürfen nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse mit geringen Rechten gezwungen werden.

Gemeinsam mit Migrant*innen kämpfen wir für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro für alle in Deutschland arbeitenden Menschen. Wir setzen uns auch für eine soziale Offensive für alle ein und fordern ein besseres Leben der Mehrheit der Bevölkerung durch Investitionen in bezahlbares Wohnen, Schulen und Kitas (besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen) und in die Infrastruktur der Kommunen.

(7) Gemeinsam gegen jede Form des Rassismus

Rassismus findet unabhängig von Flucht und Migration statt und betrifft auch viele, die in Deutschland geboren wurden und täglich diskriminiert werden. Wir erleben nicht nur eine Verrohung der Sprache und verbale Angriffe auf demokratische und emanzipatorische Werte, sondern erfahren auch im Alltag, wie die Gefahr der physischen Gewalt von rechts wächst. Rassismus gibt es in den Institutionen und er ist zugleich ein gesellschaftliches Problem, das auf dem Boden sozialer Ungerechtigkeit in den letzten Jahren zunehmend an Akzeptanz gewonnen hat. Als antifaschistische Partei engagiert sich DIE LINKE in vielfältigen, zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Antisemitismus, gegen jede andere Form von Rassismus und den autoritären Rechtstrend.

Wir begrüßen alle sozialen Bewegungen, die dem Kulturkampf von rechts etwas entgegensetzen. Für diejenigen, die hier geboren sind und schon lange hier leben, aber auch für jene, die zu uns kamen oder auf der Flucht sind, gilt unser Grundgesetz im umfänglichen Sinn, denn:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Runder Tisch gegen Kinderarmut

Es gab in vergangenen Jahren immer wieder Bemühungen von Menschen in unserer Stadt, das Thema Kinder- und Familienarmut ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. In der Vergangenheit waren nicht einmal die extrem hohen Betroffenenzahlen jedoch Argument genug, Armutsberichte und thematische Konferenzen führten lediglich Engagierte und Fachkräfte des Sozialwesens zusammen. Wir begrüßen es, dass nun in einem strukturierten drei Phasen-Prozess durch die Stadtverwaltung das Thema endlich als gesamtstädtische Aufgabe angegangen wird.

Wir halten das für einen sinnvollen Weg, dass die Verwaltung zunächst die Fakten- und Datenlage geklärt hat und analy-

siert hat welche Strukturen und Angebote es gibt, wie gut diese funktionieren und angenommen werden, wo möglicherweise weitere Bedarfe sind und wo Angebote ins Leere laufen.

Mit dem Einstieg in eine zweiten Phase am 5. November, wurden offiziellen Vertreter von Gremien dazu geholt, so z.B. Die Liga, Kinderbeauftragte, Elternvertretung, Schülervertretung, Direktorenvertreter, Ausschussvorsitzende, um einen ersten Abgleich zu machen und daraus Arbeitsgruppen zu initiieren, die an konkreten Themenbereichen arbeiten. Damit auch etwas brauchbares raus kommt und so mit Angeboten und Vorschlägen in eine dritte Phase gegangen werden kann und nicht nach dem Motto

agiert wird wie in den vergangenen Jahren: Hier sind wir, lasst uns mal erzählen.

Es jedoch trotzdem notwendig, über die Ergebnisse zu diskutieren und auch, dass Dinge umgeschmissen werden können. Als Chance sehen wir auch das Finanzvolumen welches für die Armutsprävention im Haushalt eingeplant ist, 100.000€. Wir werden die dritte Phase des Tisch gegen Kinderarmut als Partei begleiten, weil wir Zukunftschancen für die Kinder in unserer Stadt wollen, sowie eine gleichberechtigte Teilhabe.

Jan Augustyniak
Kreisvorsitzender

Stadtumbau: soziale Durchmischung erhalten

Zur Diskussion um die Neuausrichtung der Stadtumbaustrategie

Frankfurt (Oder) muss sich an sich ständig verändernde innere und äußere Bedingungen anpassen. Der Anteil der Älteren in unserer Bürgerschaft wächst. Die Zuzugsbestrebungen aus dem ländlichen Umfeld und aus Berlin bestehen und verstärken sich. Durch wirtschaftliche Neuansiedlungen nimmt der Einpendlerüberschuss zu. Um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen, muss unser Stadtentwicklungskonzept

neu durchdacht und angepasst werden. Das heißt für uns u.a. keine weitere Abrissförderung, da die Wohnungsleerstandsgröße die Fluktuationsreserve erreicht hat. Desweiteren muss die soziale Durchmischung in den Stadtteilen erhalten werden. Es muss eine gezielte B-Planentwicklungen über Abrissflächen gelegt werden, die sowohl dem Mietwohnungsbau als auch dem privaten individuellen Wohnungsbau Möglichkeiten bietet. Wir müssen Bauland

für junge Familien bei kleinem Flächenverbrauch zur Verfügung stellen, z.B. durch die Bebauung mit Reihen- oder Doppelhäusern. Wichtig ist ebenso, das Vorhalten einer hinreichenden Menge von Sozialwohnungen in den Stadtteilen durch die städtische Gesellschaft und die bauliche Aufwertung dieses Segments durch die Nutzung öffentlicher Fördermöglichkeit.

Jan Augustyniak
Kreisvorsitzender

Gründung der Stiftung Kleist-Museum verstetigt museumspädagogische Arbeit

Zur geplanten Gründung der Stiftung Kleist-Museum

Das Kleist-Museum stellt einen wichtigen kulturellen Leuchtturm der Region mit bundesweiter Ausstrahlung dar. Mit der Gründung der öffentlich-rechtlichen Stiftung des Landes wird der Erhalt des einzigartigen kulturellen Erbes des Kleist-Museums für heutige und künftige Generationen gesichert.

Am Frankfurter Kleist-Museum gibt es seit über einem Jahrzehnt eine über die Oderstadt und Landesgrenzen hinaus anerkannte museumspädagogische Arbeit. Unzählige Schülerinnen und Schüler aller Altersklassen sind hier für Literatur und Geschichte begeistert worden. Die Museumspädagogik ist ein wichtiger Teil der Unterrichtsarbeit, welcher die außerschul-

liche Angebote bereichert. Durch die Gründung einer Stiftung kann auch die museumspädagogische Arbeit im Kleist-Museum weiter fortgeführt und verstetigt werden und ist durch den gesetzlich geregelten Landesanteil nicht mehr jedes Jahre aufs neue vom Landeshaushalt abhängig.

Jan Augustyniak
Kreisvorsitzender

SAVE THE DATE!

10. Frühlingsakademie der LINKEN

Donnerstag, 30. Mai bis Sonntag, 2. Juni 2019 am Werbellinsee (nahe Berlin)

Krasse Zeiten. Wie organisieren wir linke Mehrheiten? Frühlingsakademie für alle, die sich mit den Zuständen nicht abfinden. #wirsindmehr. Das wurde in den vergangenen Monaten immer wieder sichtbar: in München, in Chemnitz, in Hamburg, in Berlin. Doch der Wind bläst scharf von rechts, von oben regiert ein Programm der sozialen Kälte. Auf der politischen Bühne jagt ein Krisenereignis das nächste, die rasanten Umbrüche sind auch Ausdruck einer offenen geschichtlichen Situation: Wohin entwickelt sich unsere Gesellschaft? Das kann verunsichern. Nichtsdestotrotz lassen viele Menschen sich nicht entmutigen. Sie gehen für unteilbare Solidarität auf die Straße. Sie erheben ihre

Stimme in den Betrieben, an den Unis, am Stammtisch oder im Wald.

Die LINKE ist Teil dieser Bewegung der Vielen. Wie werden aus den Vielen noch mehr? Wie verbinden wir die zahlreichen Stimmen zu einer gemeinsamen Kraft? Welche Perspektiven, Sehnsüchte und Visionen einer besseren Welt teilen wir? Wie achten wir aufeinander, lernen voneinander, stärken solidarische Strukturen? Wie eignen wir uns die Partei an, verändern sie, damit sie unser politisches Zuhause bleibt oder wird? Was können wir von linken Gruppen und Parteien aus anderen Ländern lernen? Direkt nach den Europawahlen wird es auch Zeit zum Austausch und Kräftesammeln geben.

Wir wollen vier Tage lang miteinander diskutieren, lernen, analysieren – und wenn die Köpfe rauchen, eine Runde in den Werbellinsee springen! Anfang Januar 2019 erfolgt die Ausschreibung der Frühlingsakademie. Dann ist es auch möglich, sich über das Online-Formular anzumelden.

Solidarität mit den Streikenden bei der Deutschen Bahn!

Zum Warnstreik am 10.12.2018 bei der Deutschen Bahn

DIE LINKE Frankfurt (Oder) steht solidarisch an der Seite der Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Bahn. Die Kolleginnen und Kollegen streiken für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Wegen Personalmangel müssen sie enorm viele Überstunden leisten. Für uns ist es auch eine Frage der Wertschätzung, dass die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner für ihr großes Engagement angemessen bezahlt

werden. Schließlich sind sie es, die versuchen rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr, den Personen- und Güterverkehr in Deutschland zu gewährleisten. Und dies trotz permanentem Personalmangel und den daraus resultierenden vielen Überstunden.

Die Beschäftigten der Deutschen Bahn haben eine enorm hohe Verantwortung,

genau wie ihre Kolleginnen und Kollegen in bspw. Krankenhäusern und KiTas. Wir sehen es als Notwendig an, dass die Deutsche Bahn deutlich macht, ernsthaft mit den Eisenbahnerinnen und Eisenbahner verhandeln zu wollen.

Jan Augustyniak
Kreisvorsitzender

IMPRESSUM

DER ROTE HAHN

Informationsblatt der Partei DIE LINKE, Frankfurt (Oder)

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE, Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Jan Augustyniak
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: (0335) 4002047

Fax: (0335) 4002031

Email:

geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de

Internet: www.dielinke-ffo.de

Facebook:

https://facebook.com/dielinkeffo

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:
DIE LINKE, Frankfurt (Oder)

IBAN:

DE73 1705 5050 3200 6168 99

BIC: WELADED1LOS

bei der **Sparkasse Oder-Spre**

Kenntwort: **Spende**

Kontakt:

DER ROTE HAHN

Email:

der-rote-hahn@dielinke-ffo.de
Beiträge bitte an diese Adresse senden!

Druck: Eigendruck

Auflage: 500

Nächste Ausgabe:

10.01.2019

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 04.01.2019

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.

Die Rechte an den Bildern liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, bei DIE LINKE, Kreisverband Frankfurt (Oder).

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.



Bündnis fordert: Verschärfung des Polizeigesetzes auf Eis legen!

Pressemitteilung des Bündnisses gegen das neue Brandenburger Polizeigesetz - 2.300 Menschen bei Großdemonstration gegen das neue PolG Brandenburg – Bündnis fordert, Verschärfungen auf Eis zu legen



Am 10. November protestierten in Potsdam über 2.300 Menschen gegen das neue Polizeigesetz in Brandenburg, darunter Datenschützer*innen, Gewerkschaften, Vereine, Politiker*innen und Fußballfans.

Lautstark und vielfältig zeigten wir der Landesregierung: Wer das Polizeigesetz verschärfen und Grundrechte einschränken will, muss mit Protest aus allen gesellschaftlichen Schichten rechnen. An der Demonstration beteiligten sich Menschen aus ganz Brandenburg. Sie war einer der größten, die das Land Brandenburg in den letzten Jahren gesehen hat. Wir fordern die rot-rote Landesregierung auf, den Plan der Verschärfungen auf Eis zu legen.

In der kommenden Woche, in der das Gesetz in den Landtag eingebracht wird, ruft das Bündnis zu dezentralen Aktionen gegen das Polizeigesetz auf. In Cottbus wird am Mittwoch, den 14. November, um 17 Uhr eine Protestkundgebung am Heronplatz veranstaltet. Die Online-Petition "Neues Polizeigesetz in Brandenburg stoppen - Grundrechte schützen!" hat mittlerweile deutlich über 5.000 Unterzeichner*innen.

Bei der Demonstration kamen in Redebeiträgen verschiedene Organisationen zu Wort, unter anderem:

"Wenn das neue Gesetz kommt, werden Geflüchtete nicht mehr nur ständig kontrolliert, sie geraten auch noch schneller in Präventivgewahrsam, weil die Polizei sich immer weniger dafür rechtfertigen muss", kritisierte Jibran Khalil von Jugend ohne Grenzen.

"Im Umgang mit Fußballfans können wir schon seit Jahren beobachten, wie die Polizei sich militarisiert und immer öfter auch ganze Fangruppen überwacht. Mit dem neuen Gesetz darf die Polizei nicht nur mehr, sie darf auch temporär früher agieren und soll dabei weniger kontrolliert werden. Umso wichtiger ist es, dass wir auch auf die Polizei schauen", mahnte Christian R., ein aktiver Fußballfan aus der Nordkurve Babelsberg.

"Die im neuen Gesetz erwähnten Meldeauflagen im Bereich des Versammlungsgesetzes sind ein Angriff auf unser Demonstrationsrecht. Warum Politiker*innen der SPD und der Linken solch schwerwiegende Grundrechtseinschränkungen verantworten wollen, ist mir schleierhaft",

so Demonstrationsanmelder Konstantin Gräfe.

Die Polizei verhielt sich während der ganzen Demonstration zurückhaltend. Im Gegensatz dazu kam es im Vorfeld und im Nachgang der Demonstration zu inakzeptablen Übergriffen seitens der Polizei auf friedliche Demonstrationsteilnehmer*innen sowie Menschen, die sich in der Nähe zur Demonstration aufhielten. Insbesondere waren Potsdamer Hausprojekte und deren Umfeld in der Zeppelinstraße 25, 26 und 29 betroffen. Vor und nach der Demonstration filmte die Polizei ohne einen erkennbaren Anlass in die Häuser und in die Innenhöfe hinein. Im Nachgang der Demonstration wurden insgesamt acht Menschen im Umfeld der Hausprojekte festgesetzt, ihre Personalien kontrolliert, durchsucht und trotz geäußertem Widerspruch ermittlungsdienstlich behandelt. In zwei Fällen kam es unerwartet zu brutalen Festnahmen, bei den Menschen zu Boden geworfen wurden. Gegen alle kontrollierten Personen stellte die Polizei Strafanzeigen. Kurz nach der Demonstration versuchten einige Polizist*innen in die Zeppelinstraße 25 einzudringen. Noch drei Stunden nach Ende der Demonstration wurden die Hausprojekte überwacht.

Als Grund für die Maßnahmen galt wohl die völlig gewaltfreie Performance der drei Hausprojekte während der Demonstration, die aus 2 min aufsteigenden bunten und ungefährlichem Rauch, Heraushängen von Transparenten und einem Redebeitrag gegen das Polizeigesetz bestand. Die Maßnahmen sind bezeichnend für die Kriminalisierungsstrategie der Polizei. Es bestand zu keiner Zeit eine gefährliche Situation, weder für die Demo-Teilnehmer*innen noch für die Polizei. Die Häuser samt den Baugerüsten sind im Eigentum der Hausprojekte.

Dagegen waren die Maßnahmen der Polizei selbst mutmaßlich grundrechtsver-

letzend: Das Abfilmen von Privatwohnungen ist ein unzulässiger Eingriff in die Privatsphäre, das Eindringen in Häuser ist ebenso ein schwerwiegender Eingriff, der nicht mit Lappalien wie einer kurzweiligen und kontrollierten Rauchperformance zu begründen ist. Dass die einzelnen Polizisten eingeforderte Grundrechte ignorieren, zeigte das Verhalten des filmenden Beamten, der mit den ironischen Worten "Ich kann euch nicht hören" auf die Bitte reagiert hat, das Filmen des Hinterhofs der Zeppelinstraße 25 aufgrund der mangelnden Rechtsgrundlage zu unterlassen. Selbiger Polizist war an der stundenlangen Überwachung des Hausprojektes beteiligt. Dass ihm das sichtlich Spaß-

machte, zeigte er mit einem auffälligen Schwingen seines Schlagstocks gegenüber Passant*innen und Bewohner*innen der Hausprojekte.

Die polizeilichen Maßnahmen am Rand der Demonstration haben gezeigt, dass die Ermittlungsbehörden schnell jegliches Maß verlieren können. Umso wichtiger ist es, die geplante Ausweitung der polizeilichen Befugnisse zu stoppen!

Webseite des Bündnisses gegen das neue Brandenburger Polizeigesetz: www.nopolgbbg.de

Wer die Demokratie verteidigen möchte, darf sie nicht selbst abschaffen!

Am Sonnabend, 10.11.2018 gingen 2.000 Menschen in Potsdam gegen die geplante Verschärfung des Polizeigesetzes auf die Straße! Der Redebeitrag der Linksjugend 'solid Brandenburg.



Tom Berthold, Landesschatzmeister Linksjugend 'solid Brandenburg

Liebe Aktivistinnen und Aktivisten gegen das neue Polizeigesetz.

Wir, die Linksjugend ['solid] Brandenburg, stehen heute hier auf der Straße, weil wir in der Novellierung des Brandenburgischen Polizeigesetzes eine drohende Einschränkung jeder antikapitalistischen Praxis und jedes linken Aktivismus sehen.

Mit der Einführung der Terrorabwehr als Aufgabe präventiver Polizeiarbeit sollen die polizeilichen Befugnisse massiv ausgeweitet werden. Als Grundlage für die Definition, wer als terrorverdächtig gilt, werden

die Paragraphen 129a und folgende des StGB herangezogen. Diese waren bereits in der Vergangenheit beispielsweise Grundlage zur Überwachung der Organisator_innen von Dresden Nazifrei. Auch der Sozialwissenschaftler Andrej Holm wurde als angebliches Mitglied einer terroristischen Organisation abgehört, nur weil die Polizei ihn für intellektuell in der Lage hielt, ein Bekenner schreiben einer militanten Gruppe zu verfassen.

Der letzte auf Paragraph 129a StGB fußende Skandal war die jahrelange Überwachung und Bespitzelung einer ganzen

Fangruppe von Chemie Leipzig wegen angeblicher terroristischer Absichten.

Aber wie kommt es eigentlich dazu, dass Paragraph 129a die Skandalnadel des Strafgesetzbuches ist? Unter Strafe steht, Mitglied in einer terroristischen Vereinigung zu sein. Das mag erstmal plausibel klingen, allerdings haben die meisten Terrorist_innen einfach kein Mitgliedsbuch in der Tasche. Dem entsprechend gibt es sehr wenige Verurteilungen aufgrund von 129a. Stattdessen ist es ein Einfallsort für Überwachung. Und dabei werden statt Terrorist*innen, vor allem politische Aktivist*innen überwacht und gegängelt.

Die NSU-Morde können ungehindert stattfinden, aber mit Hilfe von 129a werden Leute bekämpft, die sich gegen Rassismus und Faschismus engagieren! In diesem Kontext steht auch die Novelle des Brandenburger Polizeigesetzes. Viele Neuerungen im Gesetzentwurf in Brandenburg beziehen sich auf Terrorabwehr. Hier wird sich explizit auf 129a berufen. Dabei wird nicht vorrangig Terrorismus bekämpft, sondern in der Praxis vor allem die Zivilgesellschaft. Nicht nur Menschen mit schwarzen Pullovern sind von diesen Verschär-



fungen betroffen. Auch die Aktivist_innen aus dem Hambacher Forst, die Lieferwege von RWE blockiert haben, müssen damit rechnen, als Mitglieder einer angeblichen Terrororganisation überwacht zu werden.

Auch in der Begründung wird wie im gesamtgesellschaftlichen Diskurs mit "Terrorgefahr" argumentiert. Dabei ist Terrorgefahr gar kein tragfähiges Argument. Generell sind insbesondere schwere Straftaten in der Anzahl seit Jahren rückläufig. Wenn man die Anzahl der Opfer von Terroranschlägen mit denen seit 1970 vergleicht, leben wir in dem sichersten Jahrzehnt seit 1970. Allein in Deutschland sterben jedes Jahr sehr viel mehr Menschen durch Haushaltsunfälle als durch Terroranschläge. Insgesamt ist das Bemühen der Terrorgefahr nur ein Scheinargument, um dem Staat weitaus mehr Befugnisse einzuräumen, als es einer liberalen Demokratie würdig wäre!

Und gerade Parteien wie DIE LINKE und die SPD, die sich die soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen schreiben, sollten es eigentlich besser wissen: Kriminalität und Terrorismus haben soziale Ursachen und müssen gesellschaftlich angegangen werden. Gerade DIE LINKE betont mit ihrer Kapitalismuskritik, dass zahlreiche Probleme auf fehlender Verteilungsgerechtigkeit beruhen. Richtig! Wenn Kriminalität und Terrorismus bekämpft werden sollen, dann brauchen wir mehr soziale Gerechtigkeit! Mehr Freiheit, statt weniger!

Auch in anderen Bundesländern werden gerade Polizeigesetze wie in Bayern verschärft. Was sie alle eint, ist ein grund-

sätzliches Umdenken. Statt es als Aufgabe zu sehen, die Grundrechte und Freiheiten von uns allen zu schützen, werden alle unter Generalverdacht gestellt. Tschüss Unschuldsvermutung, es war schön mit dir.

Kennzeichen dieser Verschiebung ist auch, dass es scheinbar eben nicht mehr relevant ist, ob man eben kriminell war oder nicht. Durch den Ausbau von Entscheidungsbefugnissen der einzelnen Beamt_innen ist vor allem entscheidend, wie man aussieht und wo man sich aufhält. Wer davon betroffen sein wird habe ich bereits erwähnt: WIR. Die Zivilgesellschaft, Fußballfans, Migrant_innen, people of colour, Gewerkschaften und Menschen, die sich einfach eine bessere Welt als den Kapitalismus vorstellen können und dafür eintreten.

Was klar sein sollte ist aber auch, dass sich solche Verschärfungen niemand ausdenkt, weil er oder sie mal einen schlechten Tag hatte. Mit solchen uferlosen Verschärfungen wird auf einen gesellschaftlichen Angst-Diskurs reagiert. Ein Angst-Diskurs, der von der politischen Rechten befeuert wird. Mit Polizeigesetzen wird aber niemand den gesellschaftlichen Rechtsruck stoppen können. Am Ende sind die Leidtragenden eher alle, die sich gegen den Rechtsruck engagieren.

Soziale Sicherheit, Grundrechte und eine freie Gesellschaft sind die besten Grundlagen für ein Leben ohne Angst. Und sind wir mal ehrlich: ein Staat, der diese Eingriffsmöglichkeiten an die Hand bekommt, der wird sie auch nutzen. Und das unabhän-

gig davon, ob SPD, CDU oder AfD an der Regierung sind.

Wir wissen:

Mehr Eingriffsbefugnisse für die Polizei machen uns nicht sicherer. Deshalb geht es grundsätzlich nicht darum, welches Vor- oder Zurückdrängen von polizeilichen Eingriffsmöglichkeiten noch okay oder vertretbar ist und welches nicht. Uns geht es um nichts weniger als den Kampf gegen den Rechtsruck und den damit einhergehenden Ausbau des staatlichen Sicherheitsapparates. Wer Freiheit und Demokratie vor ihren Gegnern verteidigen möchte, der darf sie auch nicht selbst abschaffen! Innenminister Karl-Heinz Schröter ist bewusst mit Maximalforderungen in diese Debatte eingestiegen. Deshalb wird jeder Kompromiss mit ihm und der SPD eine unnötige Verschärfung sein.

Wir, die Linksjugend [solid] Brandenburg, fordern deshalb DIE LINKE auf, gegen den Gesetzentwurf zu stimmen. Eine glaubwürdige LINKE im Parlament hat die Aufgabe, soziale Bewegungen zu schützen! LINKE Positionen zu stärken heißt, die Bewegung zu stärken und sich auch und gerade im Parlament den Diskursen der Rechten zu erwehren.

Nein zum neuen Brandenburger Polizeigesetz!



Mitgliederbrief von Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter



Sebastian Walter

Liebe Genossinnen und Genossen,

am letzten Freitag hat der Landesvorstand uns beide einstimmig als Spitzenteam für die kommende Landtagswahl vorgeschlagen. Die Entscheidung trifft natürlich am Ende die Landesvertreter*innenversammlung im Januar 2019.

Wir haben beide großen Respekt vor dieser Aufgabe, aber sind uns sicher, dass wir sie gemeinsam mit Euch bewältigen können. Unser Ziel ist klar: Wir wollen dieses Land weiter sozial gestalten! Wir wollen dafür sorgen, dass Soziale Gerechtigkeit keine bloße Worthülse für die Menschen in Brandenburg bleibt.

Wir haben in den letzten 9 Jahren bewiesen, dass wir gestalten können. DIE LINKE hat die Politik in diesem Land verändert: Noch nie ist in Bildung so viel investiert worden. Unserem Anspruch, für Chancengerechtigkeit in der Bildung zu sorgen, sind wir in großen Teilen nachgekommen. Die Verbesserung der Betreuung in den Kitas, Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr, Schulen des Längeren Gemeinsamen Lernens mit deutlich besserer Ausstattung, Aufwuchs in der Lehrkräfteausbildung und bessere Bezahlung der Lehrkräfte als Wertschätzung ihrer Arbeit, aber

auch um junge Lehrer*innen für Brandenburg zu gewinnen, sind nur einige Punkte. Vor unserer Regierungsbeteiligung konnten sich nur wenige vorstellen, dass wir einen Vergabemindestlohn über 10,50 € haben werden, wir haben den Stellenabbau gestoppt und bauen den öffentlichen Dienst wieder zu einem starken Dienstleister für die Brandenburgerinnen und Brandenburger aus. Die neoliberale Idee eines "schlanken Staates" ist Geschichte – DIE LINKE kann ihre sozialen Ziele nur durch einen starken und politisch handlungsfähigen Staat verwirklichen, der für die Menschen und ihre Probleme da ist.

Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, bei wie vielen Menschen unsere Politik tatsächlich angekommen ist.

Statistisch gesehen sagen über die Hälfte der Brandenburger*innen, dass es Ihnen finanziell gut geht und 65 % geben an, dass sich unser Land in die richtige Richtung entwickelt. Fakt ist aber auch: die Mehrheit der Brandenburger*innen hat Angst vor der Zukunft. Sie haben Angst vor sozialem Abstieg und sehen nicht, dass die Politik ihre Probleme tatsächlich ernst nimmt.

Beschreibt der Slogan der Staatskanzlei "Brandenburg. Es kann so einfach sein." die Lebenswirklichkeit in unserem Land?

Sicher, in Brandenburg können die Menschen gut leben, viele Vorzüge genießen, die es in der Großstadt nicht gibt. Aber wir alle wissen doch auch, wie schwer das Leben oft im Alltag ist. Viele Menschen müssen auf's Geld schauen. Wir wissen alle, wie nervös es machen kann, wenn der Arbeitsplatz unsicher ist, Heizung und Strom teurer werden, wenn die Miete steigt, wenn das Auto kaputt geht und die Lebensmittelpreise steigen, wenn die Kita-Gebühren drücken und die Kinder Probleme in der Schule haben. Oder wenn kaum Zeit für die Familie bleibt, da der Arbeitsweg sehr lang ist, Bus und Bahn ständig Verspätung haben oder man viel Lebenszeit im Stau verbringt.



Kathrin Dannenberg

So einfach ist das Leben eben doch nicht. Wir sind uns darüber bewusst, dass viele Lebensrisiken und Alltagsprobleme zugenommen haben. Aber: Wir wollen gemeinsam mit ganzer Kraft dafür sorgen, dass sich Politik um diese lebensweltlichen Probleme der Menschen kümmert und insbesondere die Schwächsten in unserer Gesellschaft ausreichend unterstützt.

Wir möchten diesen Menschen eine Stimme geben und dafür sorgen, dass niemand Angst vor der Zukunft haben muss.

Deshalb wollen wir mit einem neuen Sozialstaatsversprechen in den Wahlkampf ziehen. Unser soziales Leitbild ist, dass jeder von seiner Arbeit oder Rente leben kann. Kinder dürfen kein Armutsrisiko mehr sein, denn Kinderarmut heißt eben auch Einkommensarmut der Eltern. Überall im Land muss der Zugang zu Teilhabe möglich sein, weil jeder die gleichen Chancen auf ein gutes Leben verdient hat – egal wo er lebt. Wir wollen, dass das Selbstverständliche wieder selbstverständlich wird. Darauf sollen sich die Menschen verlassen können. Deshalb werden wir unseren Fokus noch stärker auf die Bekämpfung der sozialen Spaltung im Land legen und hier gemeinsam nach Wegen suchen, die



wir dann konsequent gehen werden.

Das werden wir nicht allein schaffen und wollen wir auch nicht. Mit dem Zukunftsdialog haben wir einen Prozess gestartet, in dem wir auch unseren Politikansatz deutlich machen: Wir haben nicht immer gleich die richtigen Antworten auf die Herausforderungen, aber wir wollen die richtigen Fragen stellen. Der Weg zwischen Haustür und Landtag muss kürzer werden, wenn wir verlorenes Vertrauen zurückgewinnen wollen. Wir wissen, dass Ihr alle vor Ort aktiv seid und jeden Tag für eine starke LINKE kämpft. Deshalb brauchen wir Eure

dies noch nicht bewusst, aber sie werden sich entscheiden müssen, ob sie die gesellschaftlichen Probleme in Solidarität lösen oder in Spaltung und Ausgrenzung vertiefen wollen. DIE LINKE muss für den sozialen Zusammenhalt stehen und wird die Kraft sein, die den weiteren Rechtsruck verhindern muss.

Wir beide wollen als Team antreten, weil wir glauben, dass wir mit unseren unterschiedlichen politischen Erfahrungen, beruflichen Hintergründen und unserem unterschiedlichen Lebensalter viele Menschen ansprechen und ihre Erwar-

Ideen, Eure Erfahrungen und Eure Kompetenzen. tungen an Politik in unserem politischen Handeln berücksichtigen können. Gemeinsam mit Euch möchten wir möglichst viele Brandenburger*innen überzeugen, ihre Stimme der LINKEN zu geben.

Im nächsten Jahr wird es um nichts weniger, als um die Verteidigung der Demokratie und des Sozialstaates gehen. Vielen Menschen ist

Wir wollen dafür antreten, dieses Land gerechter, demokratischer und sozialer zu machen. Über Eure Unterstützung würden wir uns sehr freuen. Wir möchten mit Euch ins Gespräch kommen, wie wir es gemeinsam schaffen können, mit einer gestärkten LINKEN in den Landtag einzuziehen. Meldet Euch bei uns, ladet uns ein – wir würden uns darüber freuen.

Ihr könnt euch gern per Mail oder Telefon bei uns melden.

Kathrin:

✉ kathrin.dannenberg@dielinke-brandenburg.de

Sebastian:

✉ sebastian.walter@dielinke-brandenburg.de

Mit solidarischen Grüßen

Kathrin Dannenberg

Sebastian Walter

Diskussionsrunde mit den Basisgruppen

Am Donnerstag, den 22.11.2018, trafen sich zahlreiche Mitglieder unseres Kreisverbandes mit unserer Landesvorsitzenden Anja Mayer, flankiert von Jan Augustyniak unserem Kreisvorsitzenden und Genossen Frank Kreitner unserem Kreisgeschäftsführer. Zu Beginn verlas Genosse Günther Wulke eine Erklärung der Gesamtmitgliederversammlung an die übergeordneten Gremien der LINKEN. In ihr wird die Sorge über die Zerrissenheit in der Parteispitze, das öffentliche Auftreten und das damit verbundene Erscheinungsbild der LINKEN in der Öffentlichkeit ausgedrückt. Auch wir merken, dass das Vertrauen der Wähler schwindet. In der Erklärung wird die baldige Lösung der inneren Konflikte angemahnt. Gerade in Bezug auf die kommenden Wahlkämpfe ist Geschlossen-

heit erforderlich. Die Erklärung wird dem Kreisvorstand vorgelegt. In dem nachfolgenden anregenden Gespräch wurde immer wieder betont, dass der gegenwärtige Zustand der Partei unerträglich sei, das wir uns weniger mit uns beschäftigen müssten, dass es in erster Linie darauf ankomme, die progressiven Kräfte zu bündeln. Dabei würde die nach außen hin auftretenden Personalquerelen in Wirklichkeit der Streit über die inhaltliche Ausrichtung der Partei sein.

Der Kern aber, der unsere Partei eigentlich prägt, sollte soziale Gerechtigkeit sein im Kontext mit dem Kampf um die Erhaltung des Friedens, um die Abwendung einer Klimakatastrophe sowie um eine humane Flüchtlingspolitik. Wir als Basis machen die tägliche "Kleinarbeit",

vertreten den pluralistischen Charakter unserer Partei. Wir wollen aber keine öffentliche Diskussion über „Köpfe“. Gerade wir hier in Frankfurt haben im OB – Wahlkampf gezeigt, wie unterschiedliche Positionen zusammengeführt werden können. Unser neuer Oberbürgermeister bewies und beweist es täglich aufs Neue. Mit der Übergabe eines Erinnerungsgeschenkes durch die Genossin Lisa Hölzer wurde Genossin Anja Mayer verabschiedet, auf die schon der nächste Termin wartete. Wir danken ihr für die Möglichkeit, unsere Bedenken, Meinungen und Erfahrungen mit ihr als Landesvorsitzende auszutauschen, was sie übrigens in den vergangenen Monaten und Jahren mehrfach umsetzte.

Elke Thiele

Gut gerüstet für die kommenden Wahlkämpfe

So zeigte sich der Kreisverband der LINKEN am 24.11.2018 auf dem Kreisparteitag

Ein umfangreiches Programm zur Aufstellung des Direktkandidaten für das Landesparlament und für die Vertreterinnen und Vertreter für die Landes- und Bundesvertreter/innenversammlung für die Landeslisten der LINKEN zur Europa- und Landtagswahl war abzuarbeiten. Höchste Konzentration und Ausdauer waren von allen Anwesenden gefordert, um die vorgeschriebenen Regularien der jeweiligen Wahlen einzuhalten, was dann doch etwas den zeitlichen Rahmen

fen, worüber aber noch die Stadtverordneten abstimmen müssen. Er schätzte ein, dass die Verwaltungsspitze im Rathaus breit aufgestellt, neue Strukturen entstanden seien, andere verlagert wurden. Der erste Jahresabschluss sei fertig und werde geprüft. Durch den genehmigten Haushalt kann u.a. auch mit der Rathaussanierung begonnen werden. Gleiches gilt auch für die neuen politischen Weichenstellungen für die Kinder- und Familienfreundlichkeit, die weitere Armutsbekämp-

Investitionen. Im sozialen Bereich wurde der Runde Tisch gegen Kinderarmut organisiert und städtische Mittel dafür eingestellt. Durch das Land Brandenburg wird ein weiteres Projekt finanziert. Eine noch zu schreibende Kindercharta soll bei Institutionen und Verwaltungen die Sensibilität gegenüber Armut erhöhen. Für die nächste Stadtverordnetenversammlung stehen 26 Vorlagen zur Diskussion und Abstimmung, wozu die Parkraumbewirtschaftung, der Nahverkehrsplan, der Kinderbe-



sprengte. Somit gilt unser Dank allen, die diszipliniert dem Geschehen folgten. Zahlreiche Redner baten in der Diskussion ums Wort. Den Anfang machte unser Oberbürgermeister René Wilke. Er genoss es sichtlich, diesmal nicht im Präsidium sitzen zu müssen. Genosse Wilke betonte in seiner Rede, dass man in der Staatskanzlei in Potsdam aufmerksam die Entwicklung in unserer Stadt verfolgen würde. Neues aus dem Rathaus? Zum Beispiel: Die Stadt wird das alte Kino zurückkau-

fung, für mehr Ordnung und Sicherheit. Die glücklicherweise wachsende Bevölkerung der Stadt stellt neue Herausforderungen, z.B. in Bezug auf mehr Wohnraum, Kita- und Schulplätze. Die Kleist-Stiftung wurde gegründet, Staatsorchester und Landesmuseum sind besser ausfinanziert. Einiges hat sich getan in Bezug auf mehr Arbeitsplätze: So wird ein japanischer Konzern in Frankfurt seine Europaentrale eröffnen und verdoppelt seine

treuungs- und Schulentwicklungsplan, der Fortgang der Baumaßnahmen in der Slubicer Straße, die Zukunft der Schule in Stadtmitte und eine Imagekampagne gehören, letztere, um mehr Menschen für einen Hauptwohnsitz in Frankfurt zu gewinnen. Damit machte Genosse Wilke sichtbar, dass viel Übernommenes abzuarbeiten ist, viel auf den Weg gebracht wurde, viel auch künftig zu tun ist. Das Verhältnis zum Landesparlament und -verwaltung hat sich positiv entwickelt, eine starker

Vertreter der Frankfurter LINKEN im Landtag ist deshalb ab 2019 unverzichtbar.

Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters berichtete Genossin Ella Schleese von ihren ersten Erfahrungen in der Arbeit als Stadtverordnete und zu ihrem Abstimmungsverhalten in der Stadtverordnetenversammlung zum Verbleib der Stasibehörde in Frankfurt. Genosse Tom Bertold stellte in den Mittelpunkt seines Beitrages den Kampf um gemeinsame Positionen innerhalb der LINKEN, um eine Spaltung der Partei zu verhindern. Der Kreisvorsitzende Genosse Jan Augustyniak ließ das bisherige Jahr 2018 Revue passieren, richtungsweisend waren dafür der Neujahrsempfang und der OB-Wahlkampf. Erfreulich viele Bürgerinnen und Bürger nahmen wieder das Brückenfest als festen Bestandteil im Stadtleben an. Davon ausgehend wird der Kreisverband alle seine Kräfte auf die kommenden Wahlkämpfe richten. Ein Kommunalwahlprogramm wird dafür vorbereitet, für das es auch Diskussionsrunden mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, vereinen und Institutionen geben wird. Die Basisgruppen werden noch vor Weihnachten den Programmentwurf bekommen, auf dessen Grundlage es eine breite Debatte geben wird. Für die Europawahl kommt uns als europäische Doppelstadt eine besondere Funktion zu, indem hier Weltoffenheit und Internationalität gelebt wird,

institutionelle Grenzen und Grenzen in den Köpfen überwunden werden. Es müsse, so Genosse Augustyniak, sich in der Bundespolitik eine "radikal-realistische Politik" gegen Armut, Klimawandel, Rüstungswettlauf und gegen Rassismus durchsetzen. Dafür brauche es eine starke linke Mehrheit links von der Union. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde der Direktkandidat für den Landtag gesucht, wofür sich zwei Genossen bewarben. Genosse Augustyniak, betonte bei der Versammlungseröffnung, dass man das Direktmandat verteidigen und das Zweitstimmenergebnis der Partei steigern will und für ein soziales und gerechtes Brandenburg kämpfen wird. Als erster Bewerber sprach Genosse Frank Hühner. Er kann u. a. auf seine intensive und erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit verweisen, in der es um die Vertretung des Klasseninteresses der Beschäftigten im Konflikt von Kapital und Arbeit und den sich daraus ergebenden Folgen geht. Er möchte das erfolgreiche Wirken linker Politik in den Landtag hineinbringen. Weiterhin sieht er Schwerpunkte seiner Parteiarbeit in der Einhaltung der Finanzvorschriften, im Bildungsbereich und in der Arbeitsgemeinschaft „Die LINKE stärken“. Nach seinem Vorstellungsbeitrag lobten Genossen seine engagierte und zuverlässige Arbeit.

Als zweiter Bewerber stellte sich der Genosse Wolfgang Neumann vor. Er verwies auf seine Erfahrungen als Stadt-

verordneter seit dem Jahr 2000. Wenn er zum Mitglied des Landtages gewählt werden würde, dann werde antreten für eine starke kommunale Selbstverwaltung, würde sich stark machen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, besonders auch für unsere Stadt, sowie für eine umweltgerechte Agrarpolitik.

In der sich anschließenden Wahl gab die Mehrheit der Anwesenden dem Genossen Neumann ihre Stimme und damit das Mandat für den künftigen Landtag zu kandidieren. In der verbleibenden Zeit berichtete die Genossin Sandra Seifert von der Arbeit der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung. Der Kerngedanke Ihrer Ausführungen bestand darin, dass sich seit der OB – Wahl das Auftreten der LINKEN-Fraktion ändern musste: Stets sei zu bedenken, was ihre Entscheidung für den Oberbürgermeister bedeuten würde. Fehler müssten weitgehend vermieden werden. Die Erfahrungen der Fraktionsmitglieder sind sehr gefächert, was ein Vorteil sein kann. Genossin Seifert ging weiterhin darauf ein, dass und wie die Zusammenarbeit mit den Grünen fortgesetzt wird, wobei die Positionen der LINKEN weiter profiliert und gestärkt werden sollen. Das Schlusswort zu diesem arbeitsintensiven Parteitag hielt der Genosse Wolfgang Neumann, der sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen bedankte.

Elke Thiele

Die Große Koalition im Dienst der Großaktionäre

Monate bewegte der Streit zwischen Politikern der CDU, CSU und SPD in den Medien ein Spekulationskarrusell. Es war kein politischer Richtungsstreit. Es ging lediglich um Nuancen der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen neoliberalen Politik.

Gegensätzliche Äußerungen von Merkel, Seehofer, Söder und Nahles waren vordergründig auf die Wählergunst in Bayern und Hessen gerichtet. Die QUITTUNGEN waren Wahlniederlagen. Gewinner sind die Grünen und die AfD. Erstere präsentierten sich mit Führungspersönlichkeiten, die sich nicht gegenseitig zerschliessen und dem Versprechen, die neoliberale Politik grün zu gestalten. Die AfD nutzte

die zunehmende Unzufriedenheit mit der Großen Koalition, um extremen Nationalismus und Rassismus zu propagieren und davon zu profitieren. Nun haben die Großaktionäre Sacharbeit angesagt. Erste Gesetzesvorlagen im Bundestag hatten Rente, Gesundheit und Pflege zum Inhalt. Themen, die jede Familie berühren. Beschlossen wurde allerdings nur ein weiteres Sinken des Rentenniveaus

zu stoppen, indem es auf die derzeitigen 48 % des Lohnes gehalten wird. Das lediglich bis 2015. Die anzuerkennende geringfügige Besserstellung von Erwerbsminderungsrentnern und Geringverdienern gewährt keinen Schutz vor Armut im Alter. Die Fraktion der Linken vertrat in Übereinstimmung mit den Sozialverbänden erneut nachdrücklich ihre Forderung nach einer Erhöhung des Rentenniveaus auf 53



% sowie die Einbeziehung der Arbeitgeber in die Finanzierung. Das nun verabschiedete Pflegepersonalstärkungsgesetz beinhaltet eine zaghafte Abkehr von den durch die SPD und Grünen 2003 in den Krankenhäusern eingeführte Fallpauschalen. Diese verursachten die enorme Personalreduzierung. Ob die nun beschlossenen Zuwendungen, individuell abgestimmt auf das jeweilige Krankenhaus, den Druck auf die Personalkosten entschärfen, muss sich erst erweisen. Die Altenpflege wird mit 13 000 zusätzlichen Stellen abgetan statt der mehr als 100 000 notwendigen. Von ambulanter Pflege, höherer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte ist im Gesetz nichts zu finden. Die bisherige Sacharbeit der Großen Koalition im Sozialen bestätigt die Ausführungen von Gregor Gysi auf dem 6. Parteitag der Linken: „Die Mehrheit des Bundestages billigt den Ärmsten, unabhängig von ihrer Zahl, immer nur das Allernötigste zu.“

Die Große Koalition orientiert sich an den Interessen der Konzerne, der Großaktionäre, der Reichen. Die Energiekonzerne erhalten, um sie zur Stilllegung der gefährlichen Atomkraftwerke zu bewegen, Milliarden aus dem Steuertopf. Deutsche Autokonzerne haben renditesüchtig weltweit Millionen Autokäufer mit manipulierten Abgaswerten betrogen. Nachdem auch in der BRD der Skandal öffentlich wurde, eiern die Bundeskanzlerin und Bundesverkehrsminister Scheuer (CSU) gemeinsam mit den Konzernen um Nachrüstung, Entschädigung oder Rücknahme der Dieselaautos herum. Den Betrogenen wird sogar zugemutet, von den Betrügnern ein neues Auto bei Gewährung einer „Prämie“ zu kaufen. Aus dem Betrug soll nun noch ein Verkaufsschlager werden. Der Äußerung von Jürgen Resch, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe: „Wir erle-

ben eine Fernsteuerung der Bundesregierung aus den Konzernzentralen der Autoindustrie“, ist nichts hinzuzufügen. Nachdem sich jahrelang das Gesetz der Mietpreisbremse als unwirksam erwiesen hat, beschloss die Bundesregierung eine Neufassung. Auch diese führt zu keiner Trendwende. Immobilienkonzerne wie „Deutsches Wohnen“, „Venovia“ u. a. besitzen besonders in den Großstädten Hunderttausende Wohnungen und erzielen Milliarden Rendite. Die private Konzentration von Wohneigentum gewährleistet einen hohen Geldfluss von unten zu den großen Vermögen. Von der Bundesregierung mit Subventionen geförderte Aufrüstung und Rüstungsexport bescheren den Rüstungskonzernen eine stetig fließende Quelle von Maximalprofit. Obwohl Saudi-Arabien seit Jahren mit Waffen aus der BRD in Jemen Krieg führt, wurde der Rüstungsexport erst kürzlich gestoppt.

Die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei waren für Bundeswirtschaftsminister Altmaier kein Hinderungsgrund unlängst mit 40 Unternehmenschefs in Ankara weitere Wirtschaftsverträge abzuschließen. Das geschah keineswegs im „Interesse unserer Bürger“, wie er erläuterte, sondern im Interesse deutscher und türkischer Wirtschaftsbesitzer. Erwähnenswert ist, dass in einem Zehnpunkteprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums zur „Verbesserung der Attraktivität des Standorts Deutschland“ vorgeschlagen wird, Unternehmen mit 20 Millionen Euro zu fördern. Während die Vorsitzende der SPD Nahles unentwegt einen Neuanfang der SPD verkündet, erteilt Olaf Scholz (SPD) in der EU einer Finanzaktionssteuer eine Absage. Sein Vorgänger Schäuble (CDU) wollte sich sogar darauf einlassen. Zugleich lehnte Scholz eine EU-weite Steuer auf Umsätze großer

Digitalunternehmen ab. Umweltministerin Schulze (SPD) erlaubt es dem Bayern-Konzern mit dem umweltschädlichen Totalherbizid Glyphosat bis 2023 Profit zu machen, vorgesehen war bisher nur bis 2021. Der Bundestag hat Mitte November mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD den Haushalt für 2019 mit Rekordausgaben von 336 Milliarden Euro, bei schwarzer Null, beschlossen. Der Etat für die Verteidigung wird um 12,2 % und der für Arbeit und Soziales um 4,4 % aufgestockt.

Letzteres verfügt über die größten Ausgaben, mit denen allerdings der derzeitige Zustand nur weiter verwaltet wird. abgesehen von einigen positiven Veränderungen bei der Rente. Der Bundeshaushalt stellt auch mit einem Zuwachs von 2,2 % für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie 0,7 % für Gesundheit keine Weichen in Richtung Sozialstaat. Die Verteilungskriterien, insbesondere die Hartz-IV-Regelungen, werden nicht verändert. Laut Bundesamt für Statistik sind etwa 20 % der Menschen, darunter 4,4 Millionen Kinder, hierzulande von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. Während Armut um sich greift, wachsen die Vermögen der Reichen. Das Vermögen der 1000 Reichsten ist 2017 gegenüber dem Vorjahr um 13 % gestiegen. Sie verfügen über unvorstellbare 1,3 Billionen Euro.

Wie zutreffend sind doch die Aussagen im Beschluss des 6. Parteitages der Linken zur Politik der Großen Koalition: „Die Regierung will und wird daran nichts ändern... Ihre Loyalität gilt den Kapitalinteressen... Wir sind die soziale, ökologische, friedliche und demokratische Alternative.“

Horst Dahlmann

Reichsbürger

Mit der Bezeichnung Reichsbürger und Selbstverwalter wird eine Vielzahl von Einzelpersonen und Gruppen zusammengefasst, deren verbindende Klammer die Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer staatlichen Ordnung darstellt. Es handelt sich um ein vielgestaltiges Phänomen mit unterschiedlichen Weltansichten und Handlungsansätzen.

Bei einem kurzen Blick auf in diverse Schriften und Selbstdarstellungen auf verschiedenen Plattformen im Internet, kann schnell der Eindruck entstehen, hier handele es sich um „Spinner“, die nicht weiter ernst genommen werden müssen. Dies greift allerdings zu kurz, da Reichsbürger individuell oder als Gruppe nicht nur staatliche Institutionen infrage stellen, sondern auch aktiv gegen sie vorgehen. Einige Mitarbeiter*innen in Verwaltungen können ein Lied hiervon singen, wenn Reichsbürger sich bspw. weigern Bußgelder oder Steuern zu zahlen und für die Zahlungsverweigerung mit wildesten Theorien aufwarten, die im Kern darauf abzielen nachzuweisen, dass die staatlichen Stellen gar nicht das Recht haben Bußgelder oder Steuern einzufordern, da es die Bundesrepublik Deutschland als legitimen Staat gar nicht gibt. Vielmehr bestehe weiterhin das Deutsche Reich, wahlweise in den Grenzen von 1871, 194 oder 1937. Neben ausfallenden Auftritten und tätlichen Angriffen bei Behörden kam es auch schon zu Tötungsdelikten durch Reichsbürger. So wurde 2016 ein Polizist in Franken von einem Reichsbürger durch eine Schusswaffe getötet. Die Polizei wollte das Haus des Reichsbürgers stürmen, da dieser illegal mehrere Waffen besaß. Bei Reichsbürgern finden wir Verschwörungstheorien, Antisemitismus, Rechtsex-

tremis und Gewaltbereitschaft. Der Brandenburger Verfassungsschutz rechnet der Szene Reichsbürger und Selbstverwalter rund 560 Personen in Brandenburg zu. 50 davon sind auch in rechtsextremen Zusammenhängen auffällig geworden. Es handelt sich also nicht um Personen, die einfach als „Spinner“ abgetan werden können. Neben der direkten Bedrohung von Verwaltungsmitarbeiter*innen stellen Reichsbürger auch eine Gefahr für ihr direktes Umfeld dar. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie sich im Besitz von Waffen befinden und mehr und mehr von ihrer Umwelt abkapseln. Neben Einzelakteuren gibt es auch verschiedene Gruppen, die für ihre Weltansicht Werbung betreiben. Hier ist nicht der Raum alle Gruppen einzugehen, aber es sollen abschließend einige Worte „Verfassungsgebende Versammlung“ verloren werden, da diese Gruppe letztlich in einer Parteiversammlung erwähnt wurde. Auf ihrer Homepage wirbt die Verfassungsgebende Versammlung für die Einrichtung einer entsprechenden Versammlung, über die sich das deutsche Volk eine Verfassung geben soll. Einige wenige Blicke in die Erläuterungen genügen, um den nationalistischen und rechtsextremen Kern dieser Gruppe zu erkennen. So soll die auszuarbeitende Verfassung für Deutschland in den Grenzen von 1914 gelten. Die Initia-

toren werfen den Blick aber noch weiter in die Geschichte zurück und beziehen alle Gebiete ein, in denen in den vergangenen 1300 Jahren „Deutsche Völker“ siedelten und wohnten. Zur Mitwirkung sind alle „deutschstämmigen Männer und Frauen im gesamten deutschen Sprachraum“ aufgerufen. Um sich an der Verfassungsgebenden vollwertig zu beteiligen, werden Interessierte aufgefordert ein Abstammungsnachweis zu erbringen, der ihre Zugehörigkeit zum deutschen für mindestens zwei Generationen nachweist. Wer in solchen Äußerungen nicht das völkische, das nationalistische und rechtsextreme erkennt, der benötigt schon einige geschichtliche Nachhilfestunden.

Zur Vertiefung:

Speit, Andreas (Hrsg.) (2018): **Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr.** Berlin ISBN: 978-3-86153-958-2

Wilkig, Dirk (Hrsg.) (2017): **„Reichsbürger“. Ein Handbuch.** 3. Auflage. Potsdam ISBN: 978-3-00-055980-8

Frank Hühner
Kreisschatzmeister

Kauf und Wiederbelebung des Alten Kino

Zum Ankauf des alten "Lichtspieltheater der Jugend" durch die Stadt Frankfurt (Oder)

„Seit seiner Schließung 1998 modert das Mitte der 1950er Jahre eröffnete „Lichtspieltheater der Jugend“ im Herzen der Stadt vor sich hin. Es wurde ein Symbol für den Niedergang Frankfurts nach der Wende. Geplante Nachnutzungen scheiterten bisher, was uns jegliche Hoffnung für das "Alte Kino" nahm.

Wir begrüßen es sehr, dass die Stadt die Liegenschaft nun kaufen wird und sich die Landesregierung sowie das Kultusministerium klar zu einer Unterstützung bei der Reaktivierung des „Alten Kinos“ bekennen. Nun liegt es in unserer Hand als Stadt, dass nach mehr als 20 Jahren, wieder etwas mit dem Gebäude passiert.

Wir unterstützen sehr, dass dort perspektivisch ein Haus entsteht und wiederbelebt wird, in dem in der Tradition des Gebäudes, Kultur und Begegnungsmöglichkeiten für die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger und die Gäste unserer Stadt entstehen.“

Jan Augustyniak

Vorgestellt:

Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts

Es kann einem schon schwindelig werden, wenn der Autor Wener Rügemer die aktuellen Entwicklungen der globalen Finanzakteure - hier insbesondere die US-amerikanischen - und ihr Wirken im westlichen Kapitalismus darstellt.

Ausführlich werden die großen Kapitalorganisationen unter die Lupe und ihre Entwicklung in den vergangenen Jahren in den Blick genommen. Gerade vor dem Hintergrund, dass diese Finanzmarktakteure meist unter dem Radar öffentlicher Debatten agieren, ist es erschreckend zu sehen, welche Macht hier bei wenigen Instituten und Einzelpersonen gebündelt ist. Deutlich wird herausgearbeitet, dass die versammelte Finanzmacht massiven Einfluss auf die Realwirtschaft nimmt, beeinflussen bzw. steuern sie diese doch durch vielfältige und kaum zu durchschauende Beteiligungen. Interessant ist auch der Einblick in die Welt und das Wirken der "Internet-Kapitalisten" wie Google, Amazon, Microsoft; Facebook, Apple (GAMFA) und die wachsenden Plattformkapitalisten wie Uber, AirBaB etc., die in den letzten Jahrzehnten einen kometenhaften Aufstieg erlebten und immer mehr Lebensbereiche durchdringen und beherrschen. Gerade bei den "Internet-Kapitalisten" wird die alte Macht des kapitalistischen Systems deutlich, wenn die Werbeslogans der Branche, die allen eine leichtere, bessere Welt versprechen, den Arbeitsbedingungen gegenübergestellt werden, unter denen die "Internet-Kapitalisten" ihre Produkte und Dienstleistungen herstellen lassen. Das Leben der in den Fabriken in Billiglohnländern Schuftenden, wie auch die von einem klassischen Arbeitsplatz getrennten Growd-Worker oder die scheinselfständigen Lieferanten, die das im Internet bestellte Essen für den Kunden sorgenfrei nach Hause liefern, unterscheiden sich nur graduell von den Industriearbeitssklaven längst überwunden geglaubter Zeiten. Wie die meisten großen Kapitalorganisation haben die großen "Internet-Kapitalisten" ihren Hauptsitz in den USA und sind dort eng mit der Regierung, dem Militär und den Geheimdiensten verbunden. Trotz dieser engen Bindung an den US-amerikanischen kapitalistischen Machtblock sind diese "neuen" Kapitalisten

rund um den Globus unterwegs und treiben in fast allen Ländern der Erde ihr Geschäft zur Mehrung des Reichtums ihrer Eigentümer. Neben der erwähnten Ausbeutung der Beschäftigten verhalten sie sich auch im Bereich der Steuerehrlichkeit wie "alte" Kapitalisten. Das oberste Ziel lautet weiterhin Steuervermeidung. Neben der legalen Steuerhinterziehung, die immer wieder unter Einwirkung auf die politischen Entscheidungsträger abgesichert wird, bedient man sich hierbei auch halbgelegaler oder illegaler Methoden; alles zum Zwecke der Erhöhung des eigenen Reichtums und der damit einhergehenden Machtfülle, der die Staaten fast ohnmächtig gegenüberstehen. Der Autor geht auch auf die Beziehungen der USA zu Europa und insbesondere China ein. Während Europa als historischer "Partner" eng mit der amerikanischen Wirtschaft und der Politik verbunden ist und kaum Möglichkeiten findet sich dem US-amerikanischen Einfluss zu entziehen, zeichnet Rügemer ein China, das sich der verbliebenen Weltmacht entgegenstellt. Die Ressourcen hierzu schöpft China aus der wirtschaftlichen Entwicklung, die das Land in den letzten Jahrzehnten genommen hat und dem politisch gesteuerten Wandel. China ist es als einzigem Schwellenland gelungen sich aus der westlichen Bevormundung und Abhängigkeit zu lösen und einen alternativen Weg zu beschreiten. So konnte sich China aus der Rolle der billigen Werkbank befreien und tritt nunmehr als Treiber der technologischen Entwicklung auf. Darüber hinaus nutzt China seine Überschüsse um weltweit zu investieren und tritt auch in diesem Feld als Konkurrent des US-amerikanischen Kapitals auf. Trotz aller Ambivalenz der chinesischen Entwicklung sieht Rügemer hier einen alternativen Entwicklungsweg jenseits des US-amerikanisch dominierten Kapitalismus. Das Buch ist allen zu empfehlen, die sich mit den aktuellen Entwicklungen des Kapitalismus in der Gegenwart beschäftigen

wollen. Verdeutlicht es doch Entwicklungen, die gerade bei der LINKEN Besorgnis hervorrufen müssen. Dies gilt insbesondere auch unter einer klassenpolitischen Perspektive, zu der die AG "DIE LINKE stärken" auch im Kreisverband Frankfurt (Oder) aktuell diskutiert. So schreibt Rügemer: "Die neuen Kapitalmächtigen bilden eine transnationale kapitalistische Klasse. Sie organisieren sich, schaffen sich Kollektivformen, während sie die Reste bisheriger Kollektivformen der abhängig Beschäftigten zerstören und gnadenlos in hilflose, wenn auch manchmal unterhaltsame Einsamkeiten manövrieren." (S. 8) Wird es der LINKEN gelingen eine "neuen verbindende Klassenpolitik" (Riexinger) zu befördern, die der benannten "transnationalen kapitalistischen Klasse" etwas entgegensetzen kann? Die Frage gilt es zu diskutieren.

Rügemer, Wener (2018): Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure. Köln | ISBN: 978-3894386757

Frank Hühner
Kreisschatzmeister



„In Deutschland herrscht Klassenkampf“

Bernd Riexinger über die Vielfalt der heutigen Arbeiterklasse, gemeinsame Interessen und die besondere Aufgabe der Partei DIE LINKE



Bernd Riexinger | FOTO: BEN GROSS

Die erste Auflage deines jüngst erschienenen Buchs „Neue Klassenpolitik – Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen“ ist bereits vergriffen. Weshalb trifft das Thema offenbar den Nerv der Zeit?

Bernd Riexinger: Weil die Diskussion über Klassenpolitik extrem aktuell ist. Beispielsweise haben die beiden BMW-Erben Quandt und Klatten im vergangenen mehr als 1,1 Milliarden Euro Dividende erhalten – mehr als 3 Millionen Euro pro Tag, ohne eigenes Zutun, nur durch Ausbeutung. Gleichzeitig haben 40 Prozent der Bevölkerung – Verkäuferinnen, Fliesenleger, Krankenpflegerinnen – heute weniger Einkommen als vor 20 Jahren. Ganz objektiv: Es herrscht Klassenkampf.

Ist es noch zeitgemäß, von einer Arbeiterklasse zu sprechen?

Unbedingt. In Deutschland ist die Klasse der Lohnabhängigen so groß wie noch nie, aber ihre Zusammensetzung hat sich im Laufe der Zeit stark gewandelt. Die Arbeiterklasse ist heutzutage weiblicher und migrantischer, sie ist deutlich häufiger im Dienstleistungsbereich und in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig. Leider ist sie auch gespalten, in Kernbelegschaften und Leiharbeitskräfte, in befristet und unbefristet

Beschäftigte, aber auch in Frauen und Männer und in Deutsche und Migranten. Dieser Spaltung müssen wir eine verbindende Klassenpolitik entgegensetzen.

Was bedeutet verbindende Klassenpolitik?

Das Konzept der verbindenden Klassenpolitik beschreibt einen Weg für einen linken Aufbruch. Es geht mir darum, den Konflikt zwischen „uns hier unten“ und „denen da oben“ wieder offensiv zu führen und als Gegenentwurf zum Modell der Rechten durchzusetzen, die Deutsche gegen Einwanderer aufhetzen. Es geht darum, dass Menschen mit unterschiedlichen Berufen und Biografien, prekär und nicht prekär Beschäftigte, Menschen unterschiedlicher Herkunft und Hautfarbe gemeinsame Interessen und gemeinsame Gegner erkennen. Dann können wir zusammen politische Auseinandersetzungen führen und gewinnen.

Wie kommen diese Menschen zusammen?

Das ist eine zentrale Aufgabe der Partei DIE LINKE: Wir müssen dabei helfen, Auseinandersetzungen und Forderungen zu finden, die die Spaltung überwinden; wir müssen die Kämpfe unterstützen, in denen die Menschen lernen, zusammen für eine Sache einzutreten.

An welche Auseinandersetzungen denkst du?

Ich denke zum Beispiel an unsere Bemühungen, die Arbeitswelt wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen: mit höheren Löhnen und unbefristeten Verträgen, mit mehr Mitbestimmung und Wochenarbeitszeiten, die zum Leben passen. Wir müssen aber diese Fragen von Lohn und Kapital verbinden mit den Problemen der Reproduktion, also den gesamten Menschen in den Blick nehmen. Das betrifft den Wunsch nach hochwertigen Kitas und Schulen, nach

zuverlässigem Transport mit Bus und Bahn, nach guten Krankenhäusern und günstigen Mietwohnungen. Deshalb führt DIE LINKE zurzeit zwei Kampagnen: für mehr bezahlbaren Wohnraum und gegen den Pflegenotstand. Mit diesen Kampagnen versuchen wir, das Konzept der verbindenden Klassenpolitik in der Praxis umzusetzen. Vom Bodensee bis Rügen ist DIE LINKE in vielen Städten an Bündnissen und Initiativen beteiligt, um unsere Forderungen durchzusetzen. Diesen Ansatz werden wir weiter stärken.

Bernd Riexinger ist seit 2012 Vorsitzender der Partei DIE LINKE. Zuvor war er jahrelang Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart und gehörte 2013 zu den Initiatoren der Proteste gegen Hartz IV.

Bernd Riexinger: Neue Klassenpolitik – Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen, VSA: Verlag, 160 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 978-3-89965-827-9

Bernd Riexinger
Neue Klassenpolitik



Solidarität der Vielen
statt Herrschaft
der Wenigen

VSA:

Zugvögel

Herta Scholze ist es mit viel Geduld, Akribie, bürokratische Hemmnisse überwindend bei der Findung, Sichtung und Auswertung der vielen Unterlagen (Geburtsurkunden, Auszüge aus Kirchenbüchern, Passierscheinen, Aufenthaltsgenehmigungen) gelungen, der eigenen Familiengeschichte nachzuspüren.



Im Mittelpunkt der von ihr aufgeschriebenen Familiensaga steht ihre Großmutter Justine, genannt Guste. Sie wird 1892 in einem deutschen Kolonistenort in Polen geboren. Dort lebten einfache Menschen, die sich meist als Tagelöhner verdingten. Das bedeutete harte Arbeit beim Gutsherrn und auf dem eigenen kleinen Stück Land und im Garten, die kaum die Familie ernähren konnten. Dafür waren die Familien oft mit Kindern umso reicher „gesegnet“. So auch die Familie der Großmutter. Guste wächst neben zwei leiblichen Geschwistern später mit 10 Stiefgeschwistern auf. Als Älteste muss sie sich um den Haus-

halt und die Geschwister kümmern. Ein Schulbesuch kommt deshalb viel zu kurz. Ein entbehrungsreiches Leben ist somit vorgezeichnet. Mit 14 Jahren, kurz nach ihrer Konfirmation wird sie Pflegemutter für drei Kinder eines Witwers. Das eigene Schicksal scheint sich abzuzeichnen. Die Familie gerät in die politischen Geschehnisse jener Zeit. Nach Ausbruch des ersten Weltkrieges erfolgt auf Befehl des russischen Zaren Nikolaus II die Zwangsumsiedlung der ansässigen Deutschen. Sie wurden über ein Jahr lang tausende Kilometer weit in verschiedenen Lagern interniert, leben am Rande des Existenzminimums, kurz vorm Verhungern. Erschöpft stranden sie im Jahre 1915 in Astrachan. Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk ermöglichte drei Jahre später die Rückkehr. Die Familie geht zurück in die alte Heimat, auch nach Deutschland, wird getrennt, versucht auszuwandern. Herta Scholzes Großmutter Guste, inzwischen verwitwet, kommt mit ihren drei kleinen Kindern auf Gut Dewichow auf Usedom unter. Dort lebt sie 10 Jahre lang als Tagelöhnerin in einer Schnitterkaserne. Durch eine erneute Heirat kann sie eine Tagelöhnerkate beziehen und arbeitet weiter auf den umliegenden Landgütern. Herta wird 1935 in einer solchen Kate geboren. Ihre Mutter war hochschwanger aus ihrer Stellung bei Bauersleuten entlassen worden und kam zurück ins Elternhaus. Erst die Bodenreform 1945 verwirklicht auch für die Großmutter den Traum, auf eigener Scholle wirken zu können. Und erst die Enkelin Herta kann einen Beruf erlernen, ein Studium aufnehmen und abschließen.

Diese Lebensgeschichte der Guste und ihrer Familie zeigt, wie diese Menschen vor über 100 Jahren in die Geschehnisse der Zeit hineingeworfen wurden. Mit wenig Schulausbildung, ohne Beruf in ein schweres, entbehrungsreiches Leben geschickt, träumten diese Frauen davon, dass es auch anders gehen müsste. Dieser Traum erfüllte sich aber

oft erst in den folgenden Generationen. Die Familiensaga fühlt sich in das Denken, Hoffen, in die Ängste, aber auch in die Freuden der Menschen jener Zeit ein. In den Episoden der Erzählung spielen oft die Kinder die Hauptrolle, sie bringen Freude in den schweren Alltag. Zu den Höhepunkten des Lebens zählten auch die Feste, bei denen die Familie und das „halbe“ Dorf zusammenkamen. Oft kann man als Leser auch der Solidarität der einfachen Leute nachspüren: wenn die alteingesessenen Wolgadeutschen den Gestrandeten Kleider spendeten, die Marktfrauen ein Ei spendierten, der warmherzige Pastor Hörstel auf Gut Dewichow sich der Kümmernisse annahm oder auch wenn die Frauen bei der Feldarbeit ihr Mittagsbrot miteinander teilten. Diese Saga ist eine genaue Schilderung des bäuerlichen Alltags, des Selbst-Erlebten und kündigt von der großen Achtung der Autorin vor der Lebensleistung ihrer Vorfahren. Es beeindruckt ihre Faktensammlung über die Lebenswege und Schicksale der großen Familie, das genaue Abbild des damaligen Lebens und welche Verantwortung, welche Entbehrungen die Frauen vor rund hundert Jahren unter einfachsten Bedingungen lebend gerade in den Jahren des Krieges und der Flucht ertragen und ihr Leben meistern mussten.

Elke Thiele

Landesgruppe im Bundestag unterstützt Kampagne #SchenkeMenschlichkeit



Norbert Müller, Thomas Nord, Kirsten Tackmann und Anke Domscheit-Berg (v. l. n. r.) beteiligen sich an der Aktion #SpendeMenschlichkeit (Foto: Frank Schwarz)

Die Bundestagsabgeordneten der Landesgruppe Brandenburg Anke Domscheit-Berg, Norbert Müller, Thomas Nord und Dr. Kirsten Tackmann unterstützen gemeinsam die Aktion #SpendeMenschlichkeit von SOS Mediterranee. Die Hilfsorganisation setzt sich aktiv für zivile Seenotrettung ein, damit niemand im Mittelmeer ertrinken muss. SOS Mediterranee wurde im Mai 2015 als Reaktion auf das Sterben im Mittelmeer gegründet, um der Untätigkeit der Europäischen Union etwas entgegen zu setzen.

Die Organisation betreibt das Rettungsschiff "Aquarius", das seit Februar 2016 in internationalen Gewässern zwischen Italien und Libyen im Einsatz ist und dem im Juni 2018 von der neu gewählten italienischen Regierung die Einfahrt in einen Hafen verwehrt wurde. Finanziert wird die Arbeit ausschließlich mit Spenden. Die Kampagne #SpendeMenschlichkeit soll ein Zeichen für mehr Menschlichkeit auf See setzen. Leben retten ist Pflicht. Auch auf dem Mittelmeer!

<https://sosmediterranee.de/spendemenschlichkeit/?neues-spendenformular-4531/spende>

Naive Kunst in Polen

Als naive Kunst bezeichnet man die künstlerischen Arbeiten von Laien. Als bekannter Sammler solcher Werke referierte Herr Professor Salustowicz am 13. November vor ca. 30 interessierten Zuhörern im Rahmen der Vortragsreihe der deutsch – polnischen Seniorenakademie.

Auch wenn in akademischen Kreisen darüber gestritten wird, ob es sich hierbei um Kunst handelt, so ist den Arbeiten naiver Künstler doch Herz und Seele anzusehen, mit denen sie gefertigt wurden. Die naive Kunst in Polen wurde entdeckt durch den Deutschen Ludwig Zimmerer. Er arbeitete als Auslandskorrespondent in Polen und begegnete im dortigen bäuerlichen Leben vielen Schnitzern. Die polnischen naiven Schnitzer griffen die Tradition dieser Volkskunst auf. Oft standen religiöse Darstellungen für Hausaltäre im Vordergrund. Ihre Werke stellten oft Christus, andere Heilige, Engel, Sternsinger, die Mutter Gottes dar, häufig wurden Krippen gestaltet. Dabei fanden die Schnitzer sehr unterschiedliche künstlerische Ausdrucksformen: feingliedrig, gröber geschnitzt, farbliche Fassungen, aber immer sehr charakteristisch und phantasievoll. Viele der naiven Künstler stammten aus ärmlichsten Verhältnissen, mancher schnitzte schon als Kind, andere fanden

erst im höheren Lebensalter einen Sinn darin. Sie überwandern persönliche Schicksalsschläge, nicht wenige von ihnen waren geistig oder körperlich behindert. Sie meisterten ihr entbehrungsreiches Leben mit Hilfe ihrer Kunst. Dadurch entwickelte aber jeder seine eigene Ausdrucksform. Langsam gewannen sie auch gesellschaftliche Anerkennung. In den 60er und 70er Jahren des vorangegangenen Jahrhunderts interessierten sich zunehmend ausgebildete Künstler dafür und machten die Naiven bekannt. Ihre Kunst wurde gesammelt, Museen entstanden. Als erster Naiver gilt Jędrzej Wowro (1864 - 1937). Er wurde als Bauernsohn geboren, arbeitet in seinem Leben schwer und war nach einem Unfall behindert. Der Schriftsteller Zegadłowicz „entdeckte“ ihn und beschrieb seinen Lebensweg. Das Dorf Paszynie in Südpolen brachte eine Reihe bekannter Naiver hervor. Dort lebten viele physisch und psychisch Kranke in einem kirchlichen Heim, stigma-

tisiert durch die Dorfbewohner. Der strafversetzte Priester Eduard Nitki erkannte die Sinngebung durch die Schnitzereien, benutzte die Arbeiten daran als Therapie für die Bewohner. Diese fühlten sich später durch die Kunstsammler und deren Interesse wertgeschätzt. Die Erlöse aus dem Verkauf ihrer Werke sicherte oft ihren Lebensunterhalt mit. Bekannte Namen aus diesem Kreis sind u. a. Stanislaw Nikti, sein Bruder Wojciech, Oleksy Stanislaw, Mieczyslaw Pevko. Das Gemeindehaus ist heute Museum. Gewürzt mit zahlreichen Anekdoten, wie z. B. beim Erwerb der Arbeiten, mit selbst-ironischem Blick auf die „Eigenheiten“ von Sammlern, aber immer mit Respekt und Würde von den Künstlern sprechend, gelang es dem Referenten alle Anwesenden zu interessieren und zu unterhalten.

Elke Thiele